

Drucks.-Nr. 1746/2025-2030

An die Oberbürgermeisterin
der Stadt Bielefeld

Vorsitz des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA)

Frau Dr. Christiana Bauer

im Hause

**Grüne Ratsfraktion
Bielefeld**

Lisa Bockerhoff
Geschäftsführung

Niederwall 25
33602 Bielefeld

Tel.: +40 (0)521- 512710
lisa.bockerhoff@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, 15.07.2026

Änderungsantrag HWBA am 15.07.2026 zu TOP 4.2

Sehr geehrte Frau Bauer,

hiermit stellen wir zum TOP 4.2 „Strategie zur Verkleinerung der offenen Szene definieren“ folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einführung des Zürcher Modells der kommunalen Drogenpolitik für die Stadt Bielefeld in Zusammenarbeit mit der Drogenberatung Bielefeld zu prüfen. Dabei ist ausdrücklich ein „Bielefelder Weg“ zu entwickeln, der lokale Bedarfe berücksichtigt und bestehende Strukturen integriert. Das Konzept soll die folgenden Punkte umfassen:

1. **Einführung einer Sozialambulanz:** Es soll ein Konzept für den Aufbau einer Sozialambulanz nach dem Vorbild der SIP Zürich entwickelt werden. Dabei soll insbesondere betrachtet werden, wie das Zürcher Konzept auf unsere bereits existierende Angebote in Bielefeld, insbesondere der Drogenhilfe, dem Streetwork sowie stationären Angeboten angewandt werden können.

2. **Schutz vor Verdrängung:** Wir fordern eine verbindliche Garantie, dass bestehende Strukturen und Menschen nicht verdrängt werden. Soziale Sicherung hat Vorrang.

3. **Transparenz bei Kosten und verbindliche Umsetzung:** Auf Basis des bestehenden Konzepts in Bielefeld verlangen wir eine detaillierte Aufstellung geplanter Standorte, eine präzise Kostenkalkulation sowie einen realistischen Zeitplan angesichts der Haushaltslage. Wir erwarten zudem einen konkreten Fahrplan für alle Maßnahmen, die bereits hätten realisiert sein müssen, um den Beteiligten endlich Planungssicherheit zu geben.

4. **Mikrohandel ermöglichen – Initiative unterstützen:** Kleinsthandel zwischen Konsument*innen in den Einrichtungen ist wesentlicher Bestandteil des Zürcher Modells. Wir fordern die OB Frau Bauer auf sich der Initiative der OBs in Düsseldorf (CDU) und Köln (SPD) anzuschließen (vgl. WDR <https://www1.wdr.de/nrw/duesseldorf/mikrohandel-drogen-duesseldorf-forderungen-100.html>).

Mit freundlichen Grüßen,

Dominic Hallau - GRÜNE Ratsfraktion